

## **Zweite Stufe der Umweltzone in der Stadtgemeinde Bremen aussetzen!**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) – 17. Wahlperiode – 33. Sitzung am 15.12.09

[...]

Abg. **Jens Dennhardt (SPD)**:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Antrag von CDU und FDP fordert die Aussetzung der zweiten Stufe der Umweltzone. Warum sollen wir das jetzt anders entscheiden als bei der Einführung? Liegen neue Erkenntnisse vor?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Der Erfahrungsbericht über das erste Jahr der Umweltzone in Bremen, den wir bereits beschlossen haben, liegt noch nicht vor. Gerade jetzt aber steigen die rechtlichen Anforderungen der EU. Ab 2010 gelten Stickoxidgrenzwerte, die es einzuhalten gilt. Der Antrag von CDU und FDP ist ein politischer Schauantrag. Wenn Herr Dr. Buhlert da-von redet, dass es bei den Autofahrern um politische Feindbilder geht, was für unsere Fraktion mit Sicherheit nicht der Fall ist, kann ich nur entgegnen, die Diskussion wird von Ihnen in einer Weise geführt, die bei mir den Verdacht nahelegt, dass es sich um eine ideologische Position handelt, die nicht durch Fakten gestützt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war von vornherein klar, dass die erste Stufe der Umweltzone nicht die volle Wirkung entfalten wird. Das ist von uns auch nie behauptet worden, sondern wir haben sie ganz bewusst so gewählt, als einen schrittweisen Einstieg in eine wirkungsvolle Umweltzone. Wir haben sie bewusst so gewählt, damit der Einstieg für die Betroffenen erleichtert wird. Die volle Wirksamkeit der Umweltzone wird erst mit der dritten Stufe erreicht, wenn man nur noch mit der grünen Plakette in die Umweltzone hineinfahren kann.

Sie haben die Abwrackprämie als ein Positivbeispiel genannt, das geholfen hat. Das ist richtig, die Abwrackprämie hat geholfen, soziale Härten auch in Bremen zu vermeiden, aber sie hat noch längst nicht das Schadstoffproblem gelöst. Der Stickoxidgrenzwert wird 2010 voraussichtlich auch in Bremen nicht eingehalten werden können. Auch die Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte ist keineswegs sicher. Um noch einmal daran zu erinnern: Es geht hier nicht nur um rechtliche Verpflichtungen der Kommune; es geht um den Schutz der Betroffenen vor durch Feinstaub und Stickoxid verursachte Krankheiten. Handlungsbedarf besteht hier weiterhin besonders bei den Nutzfahrzeugen, und es ist richtig, dass sie einfordern, dass wir hier in Bremen mit der Modernisierung der Busflotte der BSAG dabei vorangehen. Die Maßnahmen ohne Umweltzone haben gezeigt, dass einzelne Maßnahmen nicht ausreichen. Ja, sie haben sogar belegt, dass ohne Umweltzone verhältnismäßig wenig erreicht wurde, um den Begriff der Verhältnismäßigkeit aufzugreifen.

Nur ein Maßnahmenbündel, zu dem die Umweltzone gehört, führt hier zum Ziel. Die Betroffenen haben das gerichtlich bestätigte Recht auf wirksames Handeln der Kommune. Die Wirksamkeit von Umweltzonen wird in Städten wie Berlin, Hannover und Köln, die mit Umweltzonen vorangegangen sind, belegt. Die Rechtmäßigkeit wurde gerade in Berlin

gerichtlich bestätigt. Für uns als SPD ist es wichtig, dass wir soziale und wirtschaftliche Härten vermeiden, dass die Umweltzone praktikabel ist, dass Bürokratie so gering wie möglich gehalten wird, zum Beispiel durch die gegenseitige Anerkennung von Ausnahmegenehmigungen mit anderen Kommunen. Hierzu erwarten wir uns klare Aussagen vom Erfahrungsbericht des Ressorts über das erste Jahr in der Umweltzone in Bremen.

2010 wird es insgesamt 37 Umweltzonen in Deutschland geben. Was können wir von den anderen 36 lernen? War Bremen auch Vorbild für andere? Auf der Basis des Erfahrungsberichts werden wir dann über die Gestaltung der Umweltzone reden können. Der Blick auf den Verkehr - da hat Herr Dr. Buhlert völlig recht - reicht nicht, und ich denke, dass die Stahlwerke-Diskussion, die wir gemeinsam in Bremen geführt haben, zeigt, dass wir Feinstaubbelastung und Schadstoffbelastung auch in anderen Bereichen ernst nehmen. Ihren Schauantrag hingegen lehnen wir ab! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]